

V2 #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen

Antragsteller*in: Michael Röls & Nyke Slawik
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Verschiedene Anträge
Status: Modifiziert

1 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,
2 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden
3 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen
4 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und
5 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Wir
6 schließen uns ihren Rufen an: Hambi bleibt! Wir stehen an einem Scheideweg der
7 deutschen und nordrhein-westfälischen Politik: Machen wir weiter nur
8 Lippenbekenntnisse zu internationalen Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor
9 unserer eigenen Haustür einen Wald für den Weiterbetrieb eines der dreckigsten
10 und umweltschädlichsten Geschäftsmodell aller Zeiten roden, oder leiten wir die
11 Wende zu einem innovativen und alles veränderndem Klimaschutz?

12 Die GRÜNE JUGEND NRW stellt fest, dass die schwarz-gelbe Landesregierung unter
13 Armin Laschet nicht gewillt ist, diese Frage aufrichtig zu beantworten.
14 Stattdessen hat sie sich in der Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in
15 diesem Herbst zur Handlangerin des Kohle Konzerns RWE und zu einer gefährlichen
16 Eskalationstreiberin entwickelt. Unter dem Strich bleibt eine politische
17 Bankrotterklärung für diese Regierung: Der vermutlich größte und teuerste
18 Polizeieinsatz NRWs, der tausende Polizist*innen verheizt und unzählige
19 Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-
20 Protest der deutschen Geschichte, an dem fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um
21 gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu demonstrieren. Und eine herbe Blamage
22 vor höchster gerichtlicher Instanz, als das Oberverwaltungsgericht Münster die
23 Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit das gesamte Vorgehen der
24 Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ, man setze im Hambacher Wald
25 lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel.

26 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle
27 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist
28 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine
29 Kehrtwende in der Politik!

30 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

31 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten
32 Katastrophe, denn NRW ist Brandherd der europäischen CO₂-Emissionen: Höher als
33 in den USA und fast doppelt so hoch wie in Gesamtdeutschland liegt der
34 Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014). Der Zusammenhang zur historisch
35 starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar: 69 % des nordrhein-
36 westfälischen Energiemixes speisen sich aus der Kohleverstromung (2016:
37 Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener Braunkohlekonzern RWE rangiert
38 auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen weltweit. Es ist vor diesem
39 Hintergrund nicht von der Hand zu weisen, dass NRW sich seiner Verantwortung als
40 großer Mittäter in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

41 Am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche Klimaschutzpolitik, denn das
42 Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Das Pariser
43 Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen.
44 Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher Wald liegt, werden
45 Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein. Würde die Braunkohle
46 direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel CO₂, dass Wald-
47 Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald nötig würden, um die
48 entstehenden Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst zynisch, dass RWE mit
49 der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes Fakten schaffen wollte,
50 obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser
51 Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf Bundesebene derzeit
52 über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt und ein vorzeitiger,
53 notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch benötigten, aber bisher
54 genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. So würden beispielsweise
55 beim Kohleausstieg im Jahr 2040 nur noch 700 Millionen Tonnen Braunkohle aus den
56 Tagebauen Hambach und Garzweiler benötigt. Das entspricht 30 Prozent der dort
57 noch genehmigten Braunkohlemenge in Höhe von 2,3 Milliarden Tonnen. Bei einem
58 Kohleausstieg bis 2030 wären es sogar nur noch 450 Millionen Tonnen, also 20
59 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten Braunkohlemenge. Eine Rodung
60 des Hambacher Waldes wäre unter diesen Voraussetzungen vermutlich nicht nur
61 unnötig, sondern verkommt zu einem Aggressionakt der Kohlelobby.

62 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum
63 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

64 *Wir fordern:*

- 65 • Schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, bis spätestens 2025
- 66 • Vorbereitung einer neuen Leitentscheidung der Landesregierung zu den
67 Tagebauen
- 68 • Intensivierung der Klimafolgenanpassung

69 **Welt retten? Wald retten!**

70 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht
71 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes
72 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es dauert
73 Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben über 140
74 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung" plant. Ob sich
75 die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst umsiedeln lassen, ist
76 für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese ansässigen
77 gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

78 Auch im Bereich der CO₂-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald
79 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann
80 dementsprechend viel mehr CO₂ speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das
81 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt
82 erhalten werden muss!

83 *Wir fordern:*

- 84
- Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung

85 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer*innen**
86 **des Waldes!**

87 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen
88 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes
89 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon mitbekam.
90 Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig. Durch den
91 größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut die Welt
92 nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer*innen,
93 Unterstützer*innen und Aktivist*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche
94 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für
95 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer
96 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich
97 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes
98 aussprechen.

99 *Wir fordern:*

- 100
- Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen
101 Protestformen

102 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: Landesregierung muss ihr repressives**
103 **Rechtsverständnis überwinden!**

104 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die
105 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf
106 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang
107 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche Anlagen
108 zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit wurde der
109 juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz der Polizei
110 gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub von
111 Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten
112 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So
113 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimmobilien" angeordnet, die
114 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals
115 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium
116 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze zu
117 legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer
118 ein dialogorientierter Interessenausgleich stehen anstelle von repressiver
119 Eskalation.

120 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum
121 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung mit
122 ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während viele
123 Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter*innen u.a. von der
124 Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von Polizeikräften
125 und RWE-Mitarbeiter*innen Hand in Hand. RWE stellte die benötigte Infrastruktur
126 für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume fällen und Schneisen in den Wald
127 schlagen, um einen zügigen Ablauf der Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen
128 von Bäumen vor Beginn der Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis
129 Düren und die Stadt Kerpen haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur
130 Rodungen zur Ermöglichung der Räumung stattfinden.

131 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,
132 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in
133 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den
134 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier
135 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts
136 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

137 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-
138 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit
139 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die
140 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde
141 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen
142 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister
143 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist*innen nach dem tragischen Tod eines
144 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist*innen als
145 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda
146 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist*innen auch hier die

147 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

148 *Wir fordern:*

- 149 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der
150 Räumungsaktionen

151 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

152 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im
153 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der
154 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die
155 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des
156 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt*innen in den
157 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer
158 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist*innen,
159 als auch die Beamt*innen. Viele Beamt*innen hatten zurecht das Gefühl, von der
160 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen
161 Einsatz mussten viele Beamt*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und
162 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster
163 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

164 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die
165 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiante Vorgehen gegen
166 friedliche Aktivist*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen
167 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals
168 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines Konzerns
169 eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

170 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei
171 offensichtlich an anderen Stellen NRWs fehlte. Ende September marschierten in
172 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen
173 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häuserdächern auf sich aufmerksam
174 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ, schockierte
175 zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul
176 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche
177 Gewalttätigkeit von Aktivist*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,
178 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen
179 friedliche Umweltschützer*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen
180 verschließt.

181 Wenn Politiker*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock
182 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss
183 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

184 *Wir fordern:*

- 185 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 186 • Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in NRW

187 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare sind**
188 **möglich!**

189 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so
190 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten
191 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig
192 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind
193 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest
194 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der
195 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher
196 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im
197 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als
198 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen
199 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE
200 und deren politischen Unterstützer*innen.

201 *Wir fordern:*

- 202 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 203 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 204 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 205 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind, als
206 Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 207 • Ein europäisches Energienetz

208 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

209 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren
210 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle
211 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als
212 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen im Rheinsichen Revier zu
213 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern
214 für die GRÜNE JUGEND NRW zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine

215 gerechtere Welt.

216 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei dazu,
217 dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte Kündigungen
218 auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es im Revier viel zu tun.
219 Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die Arbeitsplätze bindet.
220 Darüber hinaus müssen Investitionen des Konzerns RWE, zu denen er sich
221 verpflichten muss, sowie öffentliche Investitionen einen raschen Strukturwandel
222 fördern, der auch neue Beschäftigungsperspektiven schafft und auch der Industrie
223 und dem Gewerbe in der Region, die mittel- oder unmittelbar vom bisherigen
224 Braunkohlegeschäft abhängig waren, eine Zukunft bietet. Angepackt werden muss
225 das Problem der Infrastruktur, die durch die Tagebaulöcher in der Region,
226 teilweise stark zerteilt ist und ganze Ortschaften abgeschnitten hat. Ein
227 verbesserter Anschluss an die Städte Köln, Aachen und Mönchengladbach kann für
228 viel Ortschaften ein interessanter Impulsgeber sein, aber auch die Region für
229 Menschen aus den Städten attraktiv machen. Darüber hinaus bietet die
230 Digitalisierung große Chancen für die Region. Digitale Verwaltung,
231 Modellprojekte in der Erprobung neuer Technologien: Wenn das Rheinische Revier
232 beim Strukturwandel ausreichend innovative Impulse erhält, kann die Umgestaltung
233 gelingen und eine attraktive Zukunftsregion entstehen. Die Politik muss jetzt
234 mit den Menschen vor Ort in Dialog treten und mit ihnen gemeinsam den
235 Strukturwandel auf den Weg bringen.

236 Klar für uns ist auch: RWE ist mit dem Ende der Braunkohleverstromung noch lange
237 nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern trägt eine dauerhafte
238 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den
239 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und
240 zukunftsfähige Neuentwicklung des Rheinischen Reviers voranzutreiben. Dafür wird
241 RWE Rückstellungen bereithalten müssen, um für Kosten aufzukommen. Auch dürfen
242 bei der Neuentwicklung der Region und der Entwicklung von alten RWE-Flächen
243 nicht die Gewinninteressen von RWE, sondern die Interessen der Region und der
244 Allgemeinheit als Ganzes besonders berücksichtigt werden.

245 *Wir fordern:*

- 246 • Eine Beschäftigungsgarantie für die Tagebaubeschäftigten
- 247 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung im
248 Rheinischen Revier
- 249 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 250 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle
251 sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften

252 **Die Dörfer müssen Leben!**

253 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die
254 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,
255 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch
256 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,
257 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die
258 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist
259 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der
260 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht Plünderer
261 an. Zudem haben die Hauseigentümer*innen oftmals Investitionen in ihre
262 Immobilien aufgeschoben.

263 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es ein
264 Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der
265 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die
266 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden im
267 Revier weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine Rückkehr in
268 ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden.

269 Wir fordern:

- 270 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer*innen, deren Häuser noch
271 stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die Häuser
272 bereits abgerissen wurden.

- 273 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,
274 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.

- 275 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen
276 Dörfern

Begründung

erfolgt mündlich